

Wirtschaftskammer Österreich
Bundesarbeitskammer
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Landwirtschaftskammer Österreich



Bad Ischler Dialog 2016

70 Jahre Sozialpartnerschaft in Österreich

10 Jahre „Bad Ischler Dialog“

BAD ISCHLER DIALOG

29./30. SEPTEMBER 2016

» 70 JAHRE SOZIALPARTNERSCHAFT IN ÖSTERREICH

Die österreichischen Sozialpartner feiern in diesem Jahr das Jubiläum „70 Jahre Sozialpartnerschaft in Österreich“. 70 Jahre partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen hat wesentlich dazu beigetragen, dass Österreich heute zu den wohlhabendsten und sozial stabilsten Ländern der Welt gehört.

Gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen im Dialog faktenbasiert zu lösen, ist das entscheidende Merkmal der Sozialpartnerschaft. Der Grundgedanke des Systems der Sozialpartnerschaft ist es, dass die grundlegenden Ziele der Politik – wie bessere Rahmenbedingungen für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes, die Steigerung des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, die Verbesserung der Produktivität, Vollbeschäftigung, Erhöhung der Einkommen und soziale Sicherheit – besser durch koordiniertes Vorgehen der großen gesellschaftlichen Gruppen auf dem Dialogweg erreicht werden können als durch die offene Austragung von Konflikten. In ihrem Selbstverständnis als „Gestalter des Wandels“ gelingt es den Sozialpartnern, notwendige Maßnahmen und Reformvorschläge auszuarbeiten, die auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhen. Diese Form des Miteinanders hilft, Unsicherheiten zu vermeiden und trägt zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen bei. Auf diese Weise führt das Modell der Sozialpartnerschaft zu einem hohen Ausmaß an sozialem Frieden und wirkt damit positiv auf den Wirtschaftsstandort Österreich.

Entstanden ist die Sozialpartnerschaft unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg. Die nach dem Krieg gegebene grundsätzliche Bereitschaft, „an einem Strang zu ziehen“ beruhte auf den traumatischen Erfahrungen der Vergangenheit. Die Erfahrungen aus den Konfrontationen, vor allem in der Zwischenkriegszeit, haben zu der Erkenntnis geführt, dass mittel- und langfristig die Kooperation zwischen Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnenverbänden und der Regierung zu besseren und stabileren politischen Lösungen sowie nachhaltigem wirtschaftlichen Erfolg führt.

Die Sozialpartner haben maßgeblichen politischen Einfluss. Sie verhandeln Kollektivvertragslöhne, schaffen die Rahmenbedingungen für die duale Berufsbildung und wirken in der Gesetzgebung sowie in der Verwaltung in zahlreichen Kommissionen und Ausschüssen mit. Weiters entsenden die Verbände Vertreter in die Sozialversicherungen, die als öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörper organisiert sind, sowie in die Bundes-, Länder- und Regional-Gremien des AMS. Dazu kommen die Problemlösungskompetenz und die informelle Verhandlungsführung in Bereichen, in denen die Interessenverbände über eine besondere Expertise verfügen. Die Sozialpartner erbringen zum Beispiel Vorleistungen für die politische Entscheidungsfindung durch Einigungen im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts und in Angelegenheiten des Gewerberechts. Sie haben das Recht, Gesetzesvorlagen zu begutachten und in EU-Angelegenheiten von der Regierung informiert zu werden.

Die Erfolge der Sozialpartnerschaft in Österreich zeigen sich in zahlreichen Dimensionen. In erster Linie zählen dazu das hohe Maß an materiellem Wohlstand und sozialem Frieden in Österreich, das geringe Streikausmaß und die produktivitätsorientierte Lohnpolitik mit flächendeckenden Kollektivverträgen. Der Anteil der unselbständig Beschäftigten, für die Kollektivverträge gelten, liegt in Österreich bei 98 Prozent. Die Anzahl der selbstständigen Unternehmen wächst von Jahr zu Jahr. Außerdem wird das Modell der dualen Ausbildung (praktische Ausbildung in Unternehmen kombiniert mit theoretischer Ausbildung in Berufsschulen), das maßgeblich zur niedrigen Jugendarbeitslosigkeit in Österreich beiträgt, wesentlich von den Sozialpartnern forciert. Aber auch zahl-

reiche weitere Kooperationen im Bereich der Bildungspolitik ziehen systematisch positive Effekte auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung nach sich. So sind die Sozialpartner beispielsweise Träger von Fachhochschulen oder haben sich für die Einführung des Unterrichtsfachs „Berufsorientierung“ in Neuen Mittelschulen und für eine flächendeckende Überprüfung von Bildungsstandards eingesetzt.

Neben der Mitwirkung im Bildungsbereich werden von den Sozialpartnern auch wesentliche Maßnahmen im Bereich Sozialpolitik initiiert und umgesetzt, die positive wirtschafts- und sozialpolitische Effekte nach sich ziehen. Insbesondere zählen dazu die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, die Erleichterung von Zuwanderung in Mangelberufen (Stichwort „Rot-Weiß-Rot-Karte“) oder Maßnahmen im Rahmen der Alterssicherung. Das „Pensionskonto“ etwa erhöht die Transparenz der Pensionsberechnung und setzt dadurch auch Anreize für einen späteren Pensionsantritt. Die österreichische Sozialpartnerschaft hat sich darüber hinaus intensiv für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union eingesetzt. Im März 1989 wurde eine gemeinsame Sozialpartner-Stellungnahme beschlossen, welche den EU-Beitritt als künftige Integrationsstrategie Österreichs empfahl.

Der reibungslose Strukturwandel in Österreich mit damit einhergehenden starken Veränderungen in der Gesellschaft ist in erster Linie den Sozialpartnern zu verdanken. Auch in Zukunft werden die Sozialpartner eine wesentliche Rolle spielen und ihre Expertise und Vorschläge in die Politik einbringen. Weitblick und langfristiges Denken sind die zentralen Kennzeichen der Sozialpartnerschaft. Auch in Zukunft werden sich die Sozialpartner nicht auf spezifische Kernaufgaben beschränken, v.a. deshalb, weil ganzheitliches Denken weiter an Bedeutung gewinnen wird.

» 10 JAHRE BAD ISCHLER DIALOG

Der Bad Ischler Dialog der österreichischen Sozialpartner wurde im Jahr 2006 ins Leben gerufen. Zielsetzung des Bad Ischler Dialogs ist es, auf zukunftsweisende Themen aufmerksam zu machen, gemeinsame Positionen der österreichischen Sozialpartner zu erstellen und diese an die Spitzen der österreichischen Bundesregierung zu kommunizieren und mit ihnen zu diskutieren. Im Rahmen diverser Vorträge und Plenardiskussionen diskutieren die Sozialpartner gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Die österreichischen Sozialpartner haben in den vergangenen 10 Jahren zahlreiche gemeinsame Sachpositionen zu unterschiedlichen Themen erarbeitet, wie z.B. zum Arbeitsmarkt, zur Bildung, zur Zukunft Europa, zur Klima- und Energiepolitik sowie zum Digitalen Wandel. In diesem Jahr beschäftigen sich die österreichischen Sozialpartner im Rahmen des „Bad Ischler Dialogs“ mit dem Thema **„Migration und Integration“**.

In den gemeinsamen „Bad Ischl Papieren“ werden Zahlen, Daten und Fakten analysiert, Herausforderungen dargestellt und Lösungsansätze vorgeschlagen.

Themenübersicht – Bad Ischler Dialoge

- 2006: „Bad Ischler Deklaration 2006“
- 2007: „Österreichische Gesamtstrategie für Lebenslanges Lernen“
- 2008: „Ein soziales Europa“
- 2009: „Wege aus der Krise“
- 2010: „Wachstum – Beschäftigung – Integration“
- 2011: „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf
Arbeitsmarkt und soziale Systeme“
- 2012: „Zukunft Europa“
- 2013: „In die Jugend investieren“
- 2014: „Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum für Österreich und
Europa. Industriepolitik vor dem Hintergrund klima- und energie-
politischer Zielsetzungen“
- 2015: „Digitale Wirtschaft und Arbeitswelt“
- 2016: „Migration und Integration“

Forderungen, die im Rahmen von Bad Ischler Dialogen von den österreichischen Sozialpartnern gestellt und in weiterer Folge umgesetzt wurden:

- Die Ausarbeitung eines umfassenden nationalen Qualifikationsrahmens, der die eindeutige Zuordnung von Qualifikationen (Abschlüssen, Diplomen, Zertifikaten etc.) ermöglicht. Hinsichtlich der Akzeptanz und damit der Relevanz des nationalen Qualifikationsrahmens ist es entscheidend, dass dieser durch die Sozialpartner mitgetragen wird (2007).
- Rot-Weiß-Rot-Card: Schaffung eines kriteriengeleiteten Zuwanderungsmodells (2010)
- Vorschläge der österreichischen Sozialpartner zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters (2011)
 - **Grundsatz der Rehabilitation und Integration statt Pension:** Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 wurde der Grundsatz „Rehabilitation vor Pension“ verstärkt.
 - **Invalidität soll schon durch Frühintervention** auf Ebene der Krankenversicherungsträger vermieden werden. Bei Vorliegen von 40 oder mehr Krankenstandstagen in einem Kalenderjahr erfolgt bei entsprechenden Diagnosen eine Zuweisung der Krankenversicherungsträger zur Beratung und Betreuung durch Fit2work.
 - **Information über Pensionshöhe:** Ab dem 55. Lebensjahr Information der Versicherten über die zu erwartende Pensionshöhe zum frühestmöglichen Zeitpunkt (62 Jahre) und in Jahresschritten bis 65 Jahre (unter der Annahme, dass das bisherige Einkommen weiter bezogen wird). Die Mitteilung erfolgt jährlich und wird damit laufend aktualisiert.
 - **Vereinfachung der Pensionsberechnung:** Die Pensionsberechnung ist dahingehend zu vereinfachen, dass für die Versicherten klar darstellbar ist, dass sich ein längerer Verbleib im Erwerbsleben für die Pensionshöhe lohnt.
 - **Teilpension ab 62 Jahre:** Es besteht die Möglichkeit, eine Teilpension zu beziehen, wenn die Arbeitszeit reduziert wird.
- **Schrittweise Einführung einer Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr** (2007/2011)
- **Verbesserte Zusammenarbeit und Rückmeldung beim Übertritt vom Kindergarten in die Schule** (2013)
- **Weiterer bedarfsorientierter Ausbau ganztägiger Schulformen.** Das Angebot soll in zumutbarer Entfernung zum Wohnort in allen Regionen bedarfsorientiert und flächendeckend in allen Schulen der Primar- und Sekundarstufe I ganztägig geführt werden (2013).

Diskussion der Sozialpartner mit TOP-ExpertInnen

Im Rahmen der Bad Ischler Dialoge diskutieren die österreichischen Sozialpartner diskutieren mit TOP-ExpertInnen über aktuelle Themen und Herausforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft, z.B. mit:

- Karl Aiginger, ehem. WIFO
- Wilhelm Bauer, Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation
- Axel Börsch-Supan, Mannheim Research Institute for the Economics of Aging
- Jörg Dräger, Bertelsmann Stiftung
- Klaus Gretschmann, ehemaliger Generaldirektor, Rat der EU
- Gustav Adolf Horn, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung
- Thomas Liebig, OECD
- Wolfgang Lutz, Akademie der Wissenschaften, Wien
- Karl-Heinz Paqué, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
- Viktor Mayer-Schönberger, Oxford Internet Institute
- Manfred Prisching, Universität Graz
- Gertrude Tumpel-Gugerell, Europäische Zentralbank
- Brigitte Unger, Universität Utrecht
- Berthold U. Wigger, Karlsruher Institut für Technologie
- Ludger Wößmann, Ludwig-Maximilians-Universität München

